

Humaner Fortschritt

Thomas Meyer

Neuer Fortschritt, humaner Fortschritt

Thomas Meyer

(* 1943) ist Professor (em.) für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Was ist Demokratie?* und *Soziale Demokratie. Eine Einführung*.

thomas.meyer@fes.de



Der Weg aus der Sackgasse

Die soeben begonnene Debatte um ein neues Verständnis von Fortschritt und einen Leitbegriff, der ihre Ziele attraktiv vermittelt, ist alles andere als eine PR-Idee oder gar der krampfhafteste Versuch, verlorene Aufmerksamkeit durch den alten Trick der Umfüllung von alten in neue Schläuche zurück zu gewinnen, in der Hoffnung verlorenen Zuspruch aufs Neue zu erobern. Eher schon ist sie der Beginn einer Antwort auf die von Tony Judt kurz vor seinem Tod im vergangenen Jahr beschworene Herausforderung für die Soziale Demokratie, ihr Projekt nicht nur zeitgemäß zu erneuern, sondern auch eine Sprache dafür zu finden, die den Funken in die Gesellschaft wieder überspringen lässt. In Wahrheit ist sie aber die fällige politische Bündelung vieler Diskussionen in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft, die aus unterschiedlicher Perspektive seit einem knappen Jahrzehnt alle um dieses Thema kreisen und in vielen Handlungsvorschlägen auch schon einen sehr konkreten Niederschlag gefunden haben, bis hin zu kompletten Messinstrumenten für ein alternatives Verständnis von Fortschritt. Das Versagen des alten BIP-Konzepts als Fortschrittsindikator je-

denfalls kann seit der Weltfinanzmarktkrise und dem Bewusstwerden der drohenden Klimakatastrophe niemandem mehr verborgen sein.

Eigentlich wissen wir seit mindestens drei Jahrzehnten, dass das Bruttosozialprodukt kein Maßstab für Fortschritt oder auch nur für eine wünschenswerte Entwicklung der Gesellschaft ist, denn damals haben die Debatten über die Irreführung durch diesen Maßstab und die Suche nach einem besseren ihren Anfang genommen. Jetzt sagen uns sogar konservative Freunde des heiligen Marktes, dass mittlerweile immer mehr vom zusätzlichen Mengenwachstum, eigentlich alles, was dabei zusätzlich entsteht, dafür aufgewendet werden muss, die großen sozialen und Naturbezogenen Schäden halbwegs zu reparieren, die durch die blinde Zahlenorientierung des falschen Fortschrittsverständnisses entstehen. Nichts davon war seit den 70er Jahren noch ein Geheimnis. Schon damals reiflich debattiert, belegt, verstanden und auch in erste orientierende Konzepte umgesetzt, ist es im neo-liberalen Boom, der dann folgte, untergegangen. Noch im 1989 verabschiedeten Berliner Grundsatzprogramm der SPD hatte es freilich seinen präzisen Niederschlag im Konzept eines selektiven Wachstums gefunden, demzufolge, nach der Formulierung von Ehrhard Eppler, nur noch das sozial und human wirklich Wünschenswerte und ökologisch langfristig haltbare wachsen, das Schädliche und Destruktive aber schrumpfen und dann verschwinden sollte. Über diese Debatten und ihre auch heute noch vorzeigbaren Ergebnisse in

Wissenschaft, Publizistik und Politik ist dann die neoliberale Welle mit der alarmierenden Warnung hinweg geschwappt, derlei Besinnlichkeit könne sich keine Gesellschaft mehr leisten, die im kalten Wind des globalen Wettbewerbs zu überleben gedenkt. Das Totschlagargument von der Schutzlosigkeit, der alle in der radikalen Marktglobalisierung ausgesetzt seien, die nur noch die Devise »rette sich, wer kann« als Maxime jeder halbwegs vernünftigen Politik gelten lasse, sei nun der Weisheit letzter Schluss. Wachstum, Wachstum, Wachstum – das seien die drei Grundwerte der neuen Ära. Neben ihnen könne es kein anderes Ziel mehr geben, als alles zu demontieren, was die nationalen Märkte als Fesseln in ihrem Wettbewerb gegen alle anderen empfinden könnten. Dienst am Markt und Entfesselung seiner selbstregulierenden Zauberkräfte, das allein seien die legitimen Ziele einer Entwicklung, die nun nicht mehr Fortschritt, sondern Modernisierung genannt wurde.

Die politische Bündelung vieler Graswurzelinitiativen

Die Ergebnisse dieser Politik sind in fast allen Ländern Europas und in großen Teilen der Welt zu besichtigen, je nach politisch-kulturellen Traditionen und Kräfteverhältnissen freilich in beträchtlicher Abstufung. Schmerzlich sind vor allem die Schwächung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch üppige Steuerminderungen, die die von ihnen erhofften Ergebnisse von Vollbeschäftigung und Wohlstandsmehrung nicht brachten. Gleichmaßen die Rückkehr von krasser sozialer Ungleichheit und öffentlicher Armut. Das Umsichgreifen von Unsicherheitsangst bis in die Mitte unserer Gesellschaften. Der Verfall oder gar das Ende vieler öffentlicher Dienstleistungen in den Kommunen. Der Übergriff der Ökonomie mit ihrer beschränkten Leistungs- und Geldlogik in immer mehr menschliche Lebensbereiche. Die Schwächung des sozialen Zusammen-

halts und der Lebensqualität unserer Gesellschaften. Was und vor allem wem nützen bei alledem bloße Wachstumszahlen, selbst wenn sie deutlich größer wären, als sie es jetzt noch sind und wohl auch sein werden? Aber die dominanten politischen Akteure und die lautesten Stimmen in Wissenschaft und Publizistik sind in diesem Szenario weiterhin gefangen, denn immer noch gilt, dass die Widerlegung einer Idee nicht ihr politisches Aus bedeutet, solange machtvolle Interessen sie am Leben halten.

Humane Qualität des Lebens

In dem Maße wie sich nun die Erkenntnis aufdrängt, dass die Beherrschung der Politik durch das alte Wachstumsmodell nicht nur sozial ungerecht und für die humane Qualität unserer Gesellschaften schädlich ist, sondern darüber hinaus auch noch ein bloß auf kurze Frist funktionierendes Verfahren ohne Hoffnung auf ökologische Nachhaltigkeit ist, belebt sich an vielen Orten in Wissenschaft, Zivilgesellschaft, in Politik und Publizistik die Idee eines anderen Fortschrittsverständnisses neu. Im Wissenschaftsbereich ist es vor allem die Glücksforschung, die in eindrucksvollen empirischen Vergleichsuntersuchungen gezeigt hat, dass es nicht die beständigen Zuwächse an Gütern und Einkommen sind, die zur Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Leben und ihren Lebensverhältnissen beitragen, sondern, oberhalb eines bescheidenen Einkommensniveaus, ganz andere soziale und humane Qualitäten des Lebens. Zu ihnen zählen vor allem ein geringes Maß an Ungleichheit zwischen den Bürgern, intakte Sozialverhältnisse im engsten Lebensbereich und der gesellschaftlichen Umwelt, Vertrauen in die Mitmenschen und Teilhabe. Das herkömmliche Wachstumsmodell aber hat gerade in diesen Bereichen Verluste anstatt Gewinne gebracht. Die Glücksforschung ist daher

einer der Ausgangspunkte der neuen Fortschrittsdebatte.

Ein anderer ist die aus politischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen hervorgegangene Arbeit einer ganzen Reihe von Forschungsinstituten an der Entwicklung von Indikatoren für einen humanen Fortschritt, der misst, was Menschen wirklich zufriedener macht, ihr Leben verbessert und erleichtert. Einige der Institute sind in den letzten Jahren mit dieser Arbeit weit voran gekommen und haben konkrete Indikatorenbündel erarbeitet, die an die Stelle des Bruttosozialprodukts treten können. Im politischen Bereich ist es vor allem der auf die Arbeit von Amartya Sen und Martha Nussbaum zurückgehende Indikator für Fortschritte in der menschlichen Entwicklung in aller Welt, der den von der UNO herausgegebenen einschlägigen regelmäßigen Berichten zugrunde liegt. Dass ohne die Bedingung der Nachhaltigkeit keine Entwicklung mehr Fortschritt genannt werden kann, was immer sonst an Verbesserungen sie auch bringen mag, gilt seit den Studien über die Grenzen des Wachstums in den 70er Jahren ohnehin als Voraussetzung jeder aufgeklärten Debatte.

Wenn die Sozialdemokratie nun ein Diskussionspapier vorlegt, das den Anspruch erhebt, in der Sprache des politischen Handelns auszubuchstabieren, was neuer Fortschritt für das eigene Land sowie seine Rolle in Europa und der Welt bedeuten kann, so mussten sich die Autoren nichts aus den Fingern saugen, sie konnten die bisherigen Vorschläge bündeln und einen Schritt weiterführen. Nun brauchen wir darüber eine Selbstverständigungsdebatte in der ganzen Gesellschaft. Dafür ist der Entwurf vom Januar dieses Jahres eine gute Grundlage. Wir werden der Diskussion über ihn im Verlaufe dieses Jahres ein Forum bieten. Das folgende Interview von Sigmar Gabriel zum Thema und die Beiträge aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Blickwinkeln bilden dafür den Auftakt.